

Eisbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Eisbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petitszelle oder deren Ramm 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17.

Montag, den 21. Januar 1907.

14. Jahr.

Nur noch drei Tage

Es handelt sich nicht nur um Gewinnung der Mandate, es muß auch überall eine so gewaltige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen erzielt werden, daß die Regierung merkt, wie die Arbeiter über die Politik der Auswüchserung und Entrechnung denken.

Hierzu eine Beilage.

Gewaltssamer Umsturz.

Dass die Sozialdemokratie den gewaltssamen Umsturz der bestehenden will, hört man jetzt wieder in allen Wählerversammlungen sagen, in denen Gegner unserer Partei das Wort ergreifen. Die Sozialdemokraten, so wird geredet, wollen die Welt mit Mord und Raub erfüllen, um nach dem allgemeinen, durch gewaltssame Erschütterung des Staatsgauzen herbeigeführten Zusammenhang die Gesellschaft nach ihren — natürlich „höchst konfusen“ — Grundsätzen zu regieren. Daraum könne kein ehrlicher Mann, kein Freund der gesetzlichen Ordnung, keiner, der innerhalb der bestehenden Gesellschaft auch nur irgendwie seinen Unterhalt gewinnt, ohne Gefährdung der eigenen Existenz, ohne Preisgabe all seiner idealen und sachlichen Güter einem Sozialdemokraten seine Stimme geben.

Es gibt nur wenige Länder der Welt, in denen die Sozialdemokratie noch mit diesem Argument bekämpft wird: außer Russland wissen wir eigentlich keines mehr. Denn in den meisten Ländern der zivilisierten Welt wagt keine Partei mehr den Grundtag zu bestreiten, daß alle Gewalt vom Volke ausgehen solle, und keine Partei bekommt sich zu diesem Grundtag lauter und aufrichtiger als die Sozialdemokratie. In jenen Staaten, in denen der Mitteldeutsche Volkes oberstes Gesetz ist, kann aber die Sozialdemokratie den gewaltssamen Umsturz gar nicht wollen, ohne mit ihrem eigenen Programm in Konflikt zu kommen. Den Volkswillen mit Gewalt, in sein Gegen teil einzustürzen, seine Wirkung zu unterbinden und seine Freiheit zu unterdrücken, ist das unbekämpfte Vorrecht des Kaisers und der halbabsolutistischen preußisch-deutschen Reaction.

Unsre Gewalthaber hören ebenso ungern von der Gewalt reden wie der Geizhals von seinen Reichtümern oder der Wucherer von seinen Zinsen. Und doch ist es das selbstverständliche und augensichtliche Ding der Welt, daß die Gewalt regiert, und wenn auch edle Schwärmer vom Propheten Jeremias bis zum Grafen Tolstoi anders gewollt haben, ist es doch bisher immer so geblieben. Man sagt dir, daß das bestehende Regime die Weisheit, Güte und Gerechtigkeit selber sei, aber versuche einmal — nicht dem Willen dieses Regiments zu widerstreben, sondern nur die Wahrheit seiner Beteuerungen in Zweifel zu ziehen, so verwandelt sich seine Samtposte alsbald zu einer Krallehand, die blutige Wunden in dein Fleisch schlägt. Warum sind in Deutschland seit dem Besuch des modernen Arbeitbewegung Fahrtausende von Freiheitsstrafen über ihre Anhänger verhängt worden? Weil die Sozialdemokratie gewaltssamen Umsturz trieben, mordeten, raubten? Nein, bloß weil die Sozialdemokratie die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit in der bestehenden Verteilung der Gewalten nicht anzuerkennen vermochte! Sie hätte nicht Gewalt, sie litt Gewalt!

Aber wenn andere Staaten der Welt ihre Gewalt mindert-typisch und willkürliche ausüben, so kann doch keiner ohne Gewalt bestehen. Ohne Gewalt oder Gewaltandrohung kann man weder Steuern einstreben, noch die allgemeine Wehrpflicht durchführen, noch die Zahlung fälliger Schuld erzwingen. Ohne Gewalt oder Gewaltandrohung kann man aber auch nicht die allgemeine Anerkennung von Regeln durchsetzen, deren Einhaltung im Interesse des Volkes unerlässlich notwendig ist: keine gesetzliche Verstärkung der Arbeitszeit, keine Einhaltung der Sonntagsruhe, etc. Sicherlich der Lohnforderungen, keine Schutzvorrichtungen an Maschinen, keine Zahlung von Versicherungsbetragen; ja, es wäre überhaupt kein Geld aufzutreiben zur Erfüllung irgendwelcher staatlicher Kulturaufgaben, ohne das Vorhandensein einer staatlichen Zwangsgewalt. Darum ist die Sozialdemokratie, obgleich sie einen völlig gewaltlosen, auf freier Einsicht aller Mitglieder begründeten Zustand der menschlichen Gesellschaft als letztes Zukunftsziel anerkennt, für die Gegenwart eine grundsätzliche Gegenpartei der Staatsgewalt, sondern es kommt ihr fürs erste darauf an, wer die Gewalt hat, und wie sie gebraucht wird.

Die ganze ungeteilte Staatsgewalt in die Hände des Volks zu geben und dieses durch freie Überredung zu jenem Gebrauch seiner Gewalt zu bewegen, der nach ihrer Meinung allein dem Volke möglich ist — das ist die politische Aufgabe der Sozialdemokratie.

Der erste Teil dieser Aufgabe ist in fortgeschrittenen Ländern besonders bürgerlichen Klasse weitestgehend gelöst worden, das menschenmörderische Zwangsmittel der Reichen hat so gut wie gar nicht mehr zu befürchten und der gewaltlose Umsturz, der von der bürgerlichen Klasse vorbereitet worden ist, hat in vielen Fällen gewaltige Mengen von Menschenleben und Gütern vernichtet; er wird also sicher, wo er noch notwendig ist, kaum jemals noch in blutigen und zerbrechenden Formen vollziehen. Beispielsweise steht der

trennen uns vom Wahltag. Die Zeit verflieht schnell. Die Entscheidung rückt näher. Jeder muß die letzten drei Tage nach Kräften aus. Weckt die Schlafenden; belehet die Unwissenden; bekehrt die in Irrtümern Besogenen! Keine Minute verschiebe ungloss. Es handelt sich nicht nur um Gewinnung der Mandate, es muß auch überall eine so gewaltige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen erzielt werden, daß die Regierung merkt, wie die Arbeiter über die Politik der Auswüchserung und Entrechnung denken.

starte radikale Flügel des regierenden bürgerlichen Liberalismus in England, gemeinsam mit der Sozialdemokratie, die Abschaffung des Oberhauses an, die sich in Formen geschrägten Rechts nicht vollziehen läßt, weil das adelige Oberhaus niemals die verfassungsgemäß notwendige Zustimmung zu seiner Abschaffung erteilen wird. Die Abschaffung des Oberhauses ist also nur möglich durch „gewaltssamen Umsturz“ — aber keinem Engländer fällt es deswegen ein, gegen die Lords und Bischöfe blutigen Krieg führen zu wollen, ebensoviel wie diese daran denken, daß zum Schutze ihres überlebten Vorrechts englische Soldaten auf englische Väter und Mütter schließen könnten.

Derlei blutige Gedanken hegt man in Ländern mit fortgeschritten politischer Kultur nicht mehr, aber man führt sie aus in Rußland, man spricht sie aus in Preußen-Deutschland, und es ist wiederum nicht die Sozialdemokratie, die sie ausspricht! Diese hat in Deutschland ganz besondere Schwierigkeiten zu überwinden, weil sie unter einer zu drei Vierteln volksfeindlichen Verfassung, unter rücksichtslos brutalen Herrenklasse gegenübersteht, die zur Verteidigung ihrer Privilegien stets die gepanzerte Faust bereit hält.

Hat die deutsche Sozialdemokratie nun ihre Taktik darauf angelegt, die Kräfte der volksfeindlichen Privilegien in wilden Anläufen zu zerbrechen? Ihre vierzigjährige schwere und opferreiche Arbeit beweist das Gegenteil! Die Sozialdemokratie hat jedes vorhandene Recht dazu ausgenutzt, um das Volksrecht organisch zu erweitern. Auf geschicktem Boden stehend hat sie die bestehenden Gewichte zu ändern versucht. Ihr taktisches Ziel ist es, die geistige und sittliche Macht der Massen sowohl zu vermehren, daß plump Gewalt herrschender Klassen den Widerstand gegen den offensiven und sicheren Volkswillen als aussichtslos von vornherein aufgibt. Will man das gewaltssame Umsturz heizen, so wollen wir stolz bekennen, daß wir „die Partei des gewaltssamen Umsturz“ sind.

Will man aber den Anschein erwecken, als wären wir es, die zerstörende Gewalt üben oder töten wollten, und nicht unsre Gegner; behauptet man, wir wären es, die den Willen des Volkes durch brutalen Zwang beugen oder umstürzen wollten, und nicht unsre Gegner, so beschuldigt man uns aus größter Unwissenheit oder in bewußter Umkehrung der Wahrheit jener Verbrechen, die nicht zu begreifen, sondern zu verhindern unsre Aufgabe ist. Über wohin kämen auch unsre Gegner, wenn sie in diesem Wahlkampf der Wahrheit die Ehre geben und bekennen wollten, daß die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter all die unglücklichen Opfer, die sie für ihre Sache tragen und noch tragen — in der Absicht brachten, nicht den „gewaltssamen Umsturz“ im Sinne wordspatriotischer Phantasie zu fördern, sondern um dem Recht des Volkes zu seinem Siege zu helfen?

In diesem Sinne aber und in dieser Absicht kämpft die Sozialdemokratie im gegenwärtigen Wahlkampf um das Recht des Reichstags, das die natürliche Fortsetzung und fachliche Erfüllung des allgemeinen Wahlrechts ist. Das Recht des Volkes, Vertreter zu wählen, bleibt inhalt leer, wenn diese Vertreter selbst kein Recht haben sollen, sondern vielmehr als unnötiger Ballast behandelt werden, die man bei ihrem ersten Versuche, einen eignen Willen zu haben, nach Hause schickt.

Der deutsche Reichstag ist von Bülows Gewalt umgestürzt worden! Das Volk wird seiner Abneigung gegen sozialdemokratische Wahlen!

Zur Reichstagswahl.

Eine Aufrage an den Kolonialdirektor Dernburg in seiner Eigenschaft als finanzielles Mitglied der Berliner Regierung.

Aus großindustriellen Kreisen geht der „Münch. Post“ folgende Botschaft zu:

„Gehrte Redaktion! Für den Fall, daß der Kolonialdirektor Herr Bernhard Dernburg wirklich nach München kommt, um dort seine Werbung in kaufmännischen und industriellen Kreisen fortzusetzen, bitten wir Sie ihm auch folgende Fragen vorlegen zu wollen:

1. Ist es Herrn Dernburg aus seiner früheren finanziellen und lebigen amtlichen Tätigkeit bekannt, daß ein Kollege von ihm im preußischen Ministerium nicht ohne Mühe, die Verbände der Eisenbahn, Straßenbahn-Bereitung und die Radikal-Verbindung (für Eisenbahn-Arbeiter) verantagt hat,

1.400.000 Mark an ein dem Verbrauch nahe Dantiger Stahlwerk's fonds verloren zu jagen?

2. Weiß Herr Dernburg, daß das Ergebnis dieses Überlasses ein fünfzehnjähriger Lieferungsvertrag des preußischen Staates oder der preußischen Eisenbahnverwaltung war mit Lieferungsbedingungen, bei denen die 1.400.000 Mark, wie der bekannte Hut des Bürgermeisters und noch „ein Rock“ dazu, in der Rechnung abgehen könnten?

Zur Erläuterung: Den Vertretern der Verbände ist gesagt worden, der Kaiser persönlich interessiere sich für das Danziger Werk, dessen Entstehung seiner eigenen Regierung zu verbanen sei und dessen Zusammenbruch unter allen Umständen verhindert werden müsse.

Die angegebene Summe ist dann eines bestimmten Tages dringend eingefordert worden mit dem Bemerk, daß bei Verzögerung das zu sanierte Werk sonst seine Zahlungen einstellen müsse.

Durch diese auch außerhalb der Reichstag-Vereinigung bekannte gewordene Vorgänge ist eine nicht geringe Beunruhigung in verschiedenen Gruppen der Großindustrie eingetreten. Man hegt nach diesen und anderen in Erfahrung gebrachten Affären dort die Meinung, es sei besser, Herr Dernburg bemühe sich, zunächst im Heimatlande zu agieren, ehe er die Industrie veranlaßt, sich in gewisse Kolonialunternehmungen einzulassen, deren Kosten schließlich Industrie selbst zahlen müßte, wenn eines Tages die Auktionen müde wären, die Überwälzung solcher unvermutter Geschäftsspesen auf die Steuerzahler zu ratifizieren.“

So weit Anfrage und Botschaft. Wir bezweifeln nicht, daß Herr Dernburg entweder selbst oder durch den beteiligten Kollegen im preußischen Ministerium rasche und klare Antwort den Reichstagswählern verschaffen wird. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat ja wenig Papier genug.

Schwindelziffern für die Kolonien gibt das offizielle Regierungsorgan, die „Nord. Allg. Zeit.“, jetzt fast täglich und die Presse des Kolonialblocks, vom momentwirktigen Kolonialamt bis zum letzten Landratsblättchen, drückt sie natürlich getreulich nach. Mit Hilfe einer Rechenfunktion, bei der die Richtigkeit über die Richtigkeit geht, kommt das Bülow- und Dernburg-Organ zu der Behauptung, seit 1884 seien die Kolonialausgaben noch nicht einmal auf 700 Millionen gekommen. Als ob das nicht schon um 700 Millionen zuviel wäre für Gebiete, in denen erst Dernburgs Dattelstift überloren werden müßt, um Zukunftshoffnungen zu begründen. In Wirklichkeit kosteten uns aber die Kolonien mit irgend Drum und Dran mehr als das Doppelte der angegebenen Zahl. Das erhellt aus der folgenden unantastbaren Zusammenstellung:

Gesamtausgaben für Kolonialzwecke von 1884 bis 1905
Verwaltungsausgaben M. 221.965.589

Gouverneurdampfer für Kamerun 886.525

Erschließung Zentralafrikas 1886—95 2.632.915

Förderung von Kultur und Handel in Kamerun 2.251.404

Witzmann-Expedition in Majitza 19.872.411

Raufsumme der Karolinengruppe 16.750.000

Aufstand in Ostafrika 494.897.412

Darlehen zum Bahnbau in Togo 1.919.450

Telegraphenlinie in Ostafrika 10.800.000

Dampfersubvention nach Afrika 1.975.922

M. 799.849.070

Expedition nach Ostafien 465.957.760

Ausgaben für Kiautschou 99.814.933

M. 1.265.121.650

Hierzu kommen noch die Auschläge des Grats, die folgende Beträge umfassen:

Forderungen für 1907 21.462.815

Expedition in Südwestafrika 73.126.800

Nachtragsetat für 1906 29.200.000

1. Rate Bahn Kubub-Koetmanshoop 9.000.000

Dampfersubvention Ostafrika 1.950.000

Ausgaben für Kiautschou 11.889.415

M. 145.979.057

Diese Ausgaben stehen ziemlich fest, außerdem noch Südwestafrika noch eine Nachtragforderung für 1907 in Höhe von 25 Millionen Mark in Aussicht, so wie die Befreiungsausgaben für die Kolonien vom Grats für 1907.

Die Befreiungsausgaben stehen ebenfalls noch ungeklärt, ebenso wie die in unten aufgeführten unantastbaren Ziffern über die in anderen nicht mehr vorhandenen Kolonien, welche Befreiung gegenwärtig gegenwärtig gestellt sind derzeit noch.

| | |
|-------------------------|----------------|
| Reichsfinanzministerium | 1878 Personen |
| Kanzleramt | 826 |
| Adm. | 224 |
| Gesamtstaat (1903) | 4804 |
| | 2605 Personen! |

Unter diesen 2605 Weisen befanden sich jedoch nur 5276 Weise und unter diesen waren wiederum 1588 Beamte. Es mußte nun angehorige, sowie 471 Missionare. Die Zahl der eigentlichen erwerbstätigen Weisen hing also in allen vier Kolonien zusammen und stand bei dieser Zahl sind wiederum 374 an den und 225 eingerechnet!

In unserem "teuren" Südwest, das uns bereits 500 Millionen kostet hat und innerhalb der nächsten zwei Jahre 800 Millionen kosten soll, lebten bei Beginn des Aufwands 1882 Weise. Davon waren nur 2998 Deutschen und anderen befanden sich wiederum 989 Beamte und Schutzherrschaftshörige, sowie 54 Missionare! Die Zahl der anderen Farmer, Pflanzer, Gärtnerei belief sich auf ganze 818; andere Kaufleute, Gastwirte und Frachtfahrer waren 277 vorhanden! In Arbeitern, Handwerkern und anderen wurden in allen vier Kolonien zusammen 825 gezählt; ein erheblicher Teil davon bestand zu 100 aus Ausländern!

Und für solche Kolonien, in denen alles in allem 817 weise schlecht und recht ihr Auskommen finden, hat das deutsche Reich 1500 Millionen Mark bleichen müssen! So geht mit dem Gelde des Volkes umgesprungt! Für eine Kolonialpolitik begeistern sich jetzt auch Leute, die sich sonst nennen und auf die Stimmen des Volkes, das sie bezüglich es nicht rechnen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Neue Steuern. Nach der "großen Finanzreform" des letzten Jahres, welche dem Reich 180 Millionen Mark neue Steuern brachte, ist die Finanzlage des Reiches jetzt wieder so ungünstig, daß die Regierung erstmals neue Steuern in Aussicht nimmt. Dem 12. November v. J. zur Verteilung gelangten Reichshaushaltsetat für 1907 ist eine Denkschrift beigegeben, welcher darauf hingewiesen wird, daß für das Rechnungsjahr 1907 die Matrikularkarträge die zu ihrer Deckung dienenden Überweisungen um den erheblichen Betrag von mehr als 57 Millionen Mark übersteigen würden. Das ist die Grenze von 24/4 Millionen Mark, welche nach den neuen Finanzreformgesetzen den Bundesstaaten einstweilen zu standen sind, um ungefähr 33 Millionen Mark übersteigen. Die Einzelstaaten würden aber, so führt die Denkschrift weiter aus, durch diese gestundeten Matrikularkarträge in ihrem Haushalte doch mit einer Zukunftsbefreiung belastet werden, die ihnen die Erfüllung ihrer eigenen von Jahr zu Jahr wachsenden Kulturaufgaben unmöglich machen würde. Die Reichsregierung habe nun durch die Feststellung des Staats keineswegs zum Ausdruck bringen wollen, daß sie in dauernden Neuernahme der gesamten ungedeckten, über 24/4 078 Mk. hinausgehenden Matrikularkarträge im stande sei, sie müsse sich sonach eine entsprechende Entlastung durch schätzliche Ergrößerung der jüngst verabschiedeten Steuerergasse vorbehalten.

In der Zentralspresse wird darauf hingewiesen, daß dem Reichstage damit unerfreuliche Aufgaben in Aussicht stehen. Die "Germania" schreibt:

Durch die unerwartete Auflösung ist nun zwar der Reichshaushaltsetat für 1907 gleich allen anderen Vorlagen der Regierung und Anträgen der Parteien "unter den Tisch gefallen", aber die schlechte Finanzlage des Reiches bleibt und damit auch die Aussicht auf neue Steuern. Der neue Reichshaushaltsetat für 1907, der dem neu gewählten Reichstage vorgelegt werden muß, wird sich nun ungünstiger gestalten, als der erste Entwurf, da inzwischen bekanntlich eine Erhöhung der Beamtengehälter angekündigt worden ist, welche die laufenden Ausgaben des Staats um eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Millionen, deren Betrag vorläufig auch noch nicht schätzungsweise angegeben werden kann, erhöhen wird.

Da kann ja dann das Zentrum wieder den Notthelfer der Regierung spielen, wie vor einem Jahre. Als daß von Seite der Sozialdemokraten darauf hingewiesen wurde, daß die mit Hilfe des Zentrums vollbrachte "Reichsfinanzreform" baldigst neue Steueraufordernungen nicht verhindern werde, haben die Zentrumsherren entkräftigt widerprochen. Und nun?

Entlarvte Fälscher.

Was haben die bürgerlichen Parteien zu dem letzten Flugblatt: "Und wiederum die Parteien der Lüge und Verbindung" zu sagen gehabt?

Hören wir die Zeitungen der Reihe nach! Die "Lübecker Anzeigen" sagen . . . nichts; Der "General-Anzeiger" sagt . . . nichts; Die "Eisenbahn-Zeitung" sagt . . . nichts; Der "Stadt- und Landbote" sagt:

"Flugblätter ließ Herr Wissell heute gegen die bekannten bürgerlichen Parteien verteilen. Die Wähler haben nun beide Seiten gehört. Sie sind mündig und werden den rechten Weg schon zu finden wissen."

Den Vorwurf der Fälschung, der Lüge, der Verleumdung, haben die Herren auf sich sitzen lassen, wie ein geprügelter Hund und sind sie gesucht, nichts, nichts, gar nichts wagt man zu sagen. Und trotzdem: ein geprügelter Hund der attackiert sich, die Hundeseile wird von soviel Scham erfaßt die bürgerlichen Parteien — obwohl ihre Lüge elendiglich ist — verbreiteten noch am Sonntag das Flugblatt, in ihnen die so schmähliche Niederlage eintrug. Der Herr auf der weißen Weste duldet es, der Kandidat von Lügnern kann.

Wir haben bisher noch immer geglaubt, daß die verdeckten bürgerlichen Parteien so viel Intelligenz in Lübeck treiben vermöchten, um die geistige Arbeit des Wahlkreis besiedeln zu können. Aber wir haben diesen geistigen zu viel zugeschaut. Das, was ihnen die furchtbaren und eingetragen hat, haben sie einem Flugblatt des bürgerlichen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entnommen. Das Flugblatt trägt die Nr. 100 und kann in der Mittwoch-Abend-Veranstaltung in den nächsten Morgen vom Ausverkauf

zu verbreitenden Flugblatt vorgehalten worden war, da haben die vereinfachten Brüder soeben den Telegraph oder das Telefon spielen lassen. Herr Dr. Ludwig, einer derjenigen Leiter des Reichsverbandes, der frühere Amtsblattredakteur und politischtreibende Vertreter der Lübecker Wahlrechtsräuber, dieser Herr sollte Auskunft geben, ob die Behauptungen dieser Flugblätter auch auf Wahrheit beruhen. Der Herr sollte die Richtigkeit bestätigen, der schon beim Wahlrechtsraub über Bebel Behauptungen aufgestellt hatte, die als erlogen sich herausgestellt hatten. Aber wie im Glauben an die Wahrheit ein Lübecker Senator damals diese Behauptungen aufgriff, so hielten auch die Wahlmacher des Mannes mit der weißen Weste die Antwort Ludwigs für wahr und so verbreiteten sie dann ruhig ihr Flugblatt, verbreiteten sie dann auch das zweite, durch den vom Genossen Wissel als literarischen Strolch bezeichneten, bis heute nicht hervorgetretenen Verleumder verfaßte Flugblatt.

Diese Sorte Journalisten, die dachten, daß ja mindestens 24 Stunden vergehen würden, ehe ihre Schande an den Pranger gestellt werden könnte. Sie wußten was sie taten, sie kannten Jahr und Nummer des Volksstaats auf den sie sich bezogen, sie wußten seinen Inhalt und sie hofften, daß es hier in Lübeck nicht so leicht sein würde, den Volksstaat von 1878 einzusehen. Daß aber die Antwort auf ihr Gedankenwerk noch eher die Presse verlassen und der Öffentlichkeit unterbreitet werden könnte, das ahnten diese Helden ja nicht. Nun stehn sie wie die begossenen Hubel und waschen ihre weißen Westen.

Das ist eine Sorte!

Und welch' herrliches Bild: Dr. Ludwig, der Vertreter der Lübecker Wahlrechtsräuber, und Herr Klein Arm in Arm.

Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen wer Du bist!

Ein nettes Paar!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 21. Januar.

Zug von Tischern, Drechsler, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, handgewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft des Unternehmers Briege (Kattowitz), Hochöfenwerk, ist seitens der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wegen Nicht-Anerkennung des Arbeitsstariffs die Sperrverhängt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Wähler! Das Wahlgeheimnis ist infolge der Einschaltung der Wahlkouverts und des Isolerraums diesmal absolut gesichert. Niemand kann eure Stimmabgabe kontrollieren! Nicht nur die Arbeiter und Handwerker, sondern auch alle Unterbeamten können deshalb ohne die geringste Gefahr am 25. Januar sozialdemokratisch stimmen!

In eigener Sache. Herr August Pape hält am Freitag abend die Dreistigkeit, in der Versammlung des Mischmasches in der "Stadttheater", die Behauptung aufzustellen: "Herr Stelling ist Geschäftsozialist"; er kämpft für eine Sache, für die er bezahlt wird! Diese Behauptung ist so dumm, so gemein, daß sie nur von einem Menschen aufgestellt werden kann, der seine eigene politische Überzeugung an den Nagel hängt und mit dem Mischmasch durch Dick und Dünn marschiert, lediglich, um sein Bürgerchaftsmandat zu retten. Ich habe nicht nötig, auf diese Äußerung des freisinnigen Herrn Pape weiter einzugehen. Jeder einigermaßen gebildete Mensch weiß, daß sie erfolgen ist. Traurige Gesellschaft, die mit solchen schmugigen Mitteln kämpfen muß.

Herr August Pape hat dann noch weiter versucht, die kürzlich meinerseits im "Volksboten" erbrachten Beweise für meine Behauptung abzuschwächen. Jeder hilft sich eben so gut, wie er kann, selbst wenn er mit der Wahrheit kollidiert. Da Herr Pape übrigens in Schwartau erklärt hat, er lese den "Volksboten" nicht, so fordere ich ihn hiermit auf, in einer am Dienstagabend in der "Flora" stattfindenden Wählerversammlung zu erscheinen; ich werde dort dem Herrn die Antwort zuteil werden lassen, die ihm ob seiner Frechheit gebührt, und werde dort weiter den Nachweis erbringen, daß Herr Pape in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber seinem Scharfmacher nachsteht.

J. Stelling.

Schon wieder eine Fälschung des Mischmasches aufgedeckt. Es ist bereits allgemein üblich, die Bitaten, mit denen unsere "weißbewehrten" Gegner in Lübeck arbeiten, als Lügen zu betrachten, weil dieselben sammt und sonders auf dem Miste des Reichsverleumdungsverbandes gegen die Sozialdemokratie gewachsen sind. Herr Klein ist nun ein Mann, der sehr seine Unterschiede zwischen Unwahrheit und Lüge macht, der es aber nicht verschmäht, mit Bitaten, von denen er weiß, daß sie gefälscht sind, zu operieren. So hat er kürzlich in Curaçao wieder die Reichsverbandsfälschung benutzt, die Bebel als einen Beschimpfer des Bauernstandes hinstellt. In der letzten Protestkomödie in der Stadthalle sind die Fälschungen wiederum einige vermehrt worden. Bekanntlich erzählt der Mischmasch-Kandidat allen denen, die es hören wollen, die bewußte Unwahrheit, die Sozialdemokratie arbeite an der Vernichtung des Mittelstandes. Das beweist er an folgendem angeblichen Ausspruch des Genossen Lebedow:

Die Sozialdemokratie hat mit den Mittelstandsparteien absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, das heißt der Handwerker, Ladenbesitzer, kleinen Industriellen usw. zu vertreten, da auch diese nur zu der Klasse der Ausbeuter gehören. Die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, die in ihrer Existenz bedrohten kleinen Gewerbetreibenden zu schützen oder zu stützen, sondern es liegt nur in der Absicht der Sozialdemokratie, daß diese Elemente ihre Selbstständigkeit aufzugeben; auf irgend welche Hülfe hat der Mittelstand selbst der Sozialdemokratie nicht zu hoffen.

Genosse Lebedow, der zurzeit auf der Wahlagitation begriffen ist, hat diese Lüge im Leipziger "Oimann-Blatt" gefunden und schrieb daraus der "Leipziger Volkszeitung":

Auf der Durchreise durch Leipzig wurde ich auf die obigen Ausführungen in den "Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 16. Januar aufmerksam gemacht. Dieser Auszug des Oimann-Blattes bestätigt abermals den alten Behauptung, daß Lübecker zum Lüge-Dame, aber laufend

Jungen haben, denn jene mit zugeschriebenen Sätze sind perverse Entstellungen von Ausführungen, die ich im Wahlkampf des Jahres 1903 in einer Berliner Versammlung gemacht habe. Sie entstammen der Feder eines reaktionären Agitators, der in jener Versammlung für zünftlerische Bestrebungen eintrat und dann meine Erwidern in einem der reaktionären Presse zugesandten Kundschreiben höchst entstellte. Während ich nämlich die Verbreitung des Mittelstandes als natürliche Wirkung der großkapitalistischen Konkurrenz dargestellt hatte, unterschied der fälschungsbesessene Emittat des Reaktionären mit, ich hätte von seinem ökonomischen Entwicklungsprinzip als einem Resultat mittelstandsfeindlicher Absichten der Sozialdemokratie gesprochen. Feder nationalökonomisch geschulte Sozialdemokrat erkennt sicher die bösertige Fälschung schon aus dem Oimann-Blatt selbst. Als die Fälschung im Juni 1903 auftrat, habe ich obenrein sofort im "Vorwärts" eine ausführliche Richtigstellung unter "Wiedergabe meiner entsprechenden Ausführungen veranlaßt. Trotzdem taucht seit jener Zeit immer und immer wieder die alte Fälschung von neuem auf, bald in diesem, bald in jenem reaktionären Blatt. Ich habe dann eine Zeile lang Richtigstellung im "Vorwärts" an unsere Parteiorgane zum Abdruck verfaßt, wo die unsterbliche Lügenmarke auftrat. Gut nichts! Es wird weiter gelogen! Ein besonders feiner Kniff des Oimann-Blattes ist es, daß es keinen Leiter der alte abgestandene Lüge aus dem Wahlkampf von 1903 mit der Bemerkung serviert:

"Diese Erklärung liegt nur kurze Zeit hinter uns."

Wo könnte dieses edle Organ auch zurückbleiben, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu verleumden! Das ich jetzt endlich die Lüge aus der Welt geschafft hätte, erwarte ich natürlich nicht mehr. Sie wird weiter blühen und gedehnen auf dem Sumpfboden der reaktionären Presse.

Leipzig, 17. Januar 1907.

G. Lebedow.
Vom selben Kaliber, wie diese Lüge sind alle die anderen "Bitate", mit denen in nationalen Flugblättern jetzt die Mittelstandsfreindlichkeit der Sozialdemokratie bewiesen wird. Sie sind schon zu zehn und mehr malen blödig widerlegt, als Algen erwiesen worden. Über sie tauchen mit tödlicher Sicherheit bei jeder Wahl wieder auf, obgleich die Gegner längst wissen, daß es Fälschungen sind. Es ist das nicht weiter verwunderlich, denn wenn die Ordnungsleute bei der Wahrheit bleiben wollten, würden sie ja die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen.

Entrüstung über die unsäglich niedrige Kampfweise der Gegner, mit gefälschten Bitaten gegen die Sozialdemokratie zu operieren, herrscht auch in Kreisen des freiheitlich gesinnten Bürgertums. Uns sind Zuschriften zugegangen, die darüber keinen Zweifel obwalten lassen. Berechtigend wird uns mitgeteilt, daß die hierher kommandierten Studenten erst am Sonnabend in Aktion getreten sind. Einheimische schenken sich nicht gern mit den Schnupflugblättern des Reichsverleumdungsverbandes beschulen zu wollen.

Wahl-Poesie. Wir erhalten von einem Beamten folgende Zuschrift, die bezeichnend ist für die Wertschätzung, welche der Mischmasch-Kandidat in den Kreisen genießt, die angeblich für ihn durchs Feuer gehen:

Sag alter Freund, was bringt es dir für Augen, Am liberalen Mist dich zu beschmutzen? Du hieltest doch bis jetzt ich weiß es kein Die Hand, und nun beschmutzt du dich an Klein! Mit diesem Meister der Logik zu rausen Ist eine Kunst, denn, lieber Freund, im Laufen Ist er dir über. Meide nun bei Belten Den Kampf, den Götter selbst vergebens streiten.

Selbst Satanas, der Meister aller Lüge, Meint, wenn Herr Klein hier seinen Atem pflege Mit seinen quasi liberalen Taten Würde er, zwar schmerlich, seiner noch entraten. Sollte die Verleumdung noch so widrig schmecken, An seinen Lügen soll er nicht verrecken, Mag er, ganz gleich an wen, sich hier verkaufen, Mir und der Hölle kann er nicht entlaufen.

G. Lebedow.
Selbst Satanas, der Meister aller Lüge, Meint, wenn Herr Klein hier seinen Atem pflege Mit seinen quasi liberalen Taten Würde er, zwar schmerlich, seiner noch entraten. Sollte die Verleumdung noch so widrig schmecken, An seinen Lügen soll er nicht verrecken, Mag er, ganz gleich an wen, sich hier verkaufen, Mir und der Hölle kann er nicht entlaufen.

Man soll den Toten nur Gutes nachreden! Dieser dem Lateinischen entstammende Satz hat heute keinen Anspruch auf Berechtigung mehr, da man auf diese Weise von Verstorbenen ein ganz schiefes Bild bekommen würde. Das kann doch nicht im Interesse desselben liegen, von dessen Leben und Wirken man eine Schilderung geben will. Vor wenigen Tagen endete auf tragische Weise der Bankdirektor Stiller. Es wird keinen fühlenden Menschen geben, der die furchtbare Tat der Betty Schulz auch nur entschuldigen und das tragische Geschick des Ermordeten nicht beklagen würde. Kann das jedoch ein Grund sein, hinterher dem Verstorbenen Eigenschaften anzudichten, die er nicht besessen hat und Tatsachen zu verschweigen, die aller Welt offenbar sind? Wenn man ehrlich ist, gewiß nicht. Wo ist aber heutzutage im Bürgertum noch Ehrlichkeit zu finden? Als Stiller geendet hatte, da konnte man wieder das bei ähnlichen Antlässen bereits wiederholt beobachtete Schauspiel erleben, daß ein Mann, der zweifellos die meisten seiner Klassengenossen an Wissen um Haupteslänge übertrage, zu einem Arbeiterfreund gestempelt wurde, der er nie gewesen ist. Nur anlässlich der im Jahre 1884 stattgefundenen Wahl, als er um die Hilfe der Sozialdemokratie batte, vertrat er den Arbeiter alles möglichen. Seitdem hatte sich manches geändert. Aus dem freisinnigen Kaufmann war ein Bankdirektor geworden, der mit seiner politischen Vergangenheit gebrochen hatte. Als man später die Verschlechterung des Bürgerschaftsvertrags gesehen war, es Stiller, der im Vorberreffen stand. Noch am 19. Februar v. J. war er es, der in seiner Rede ausführte: "Wir wußten wohl, was wir taten, als wir beschlossen, der Arbeiterpartei, die blindlings den Sozialdemokraten zu folgen, pflegte einen ausschlaggebenden Einfluß in der Bürgerschaft abzuschneiden. Diese Einfluß wolle ich nicht . . . Alle die Fragen drohen sich mit das allgemeine Wahlrecht, das aber doch nur ein Begriff von wenigen Jahrzehnten ist, noch nicht erprobt im Sturm der Zeiten, noch nicht erprobt im Problerlein der Staatsgerichtshof. Ein solchen Brause allein nachgeben wollen wir nicht. Wir wollen nicht bloß mit brutalen Zahlen rechnen, sondern die Zahlen gewogen und nicht gezählten haben. (Als Gewicht gilt der Geldbeutel. Red.) Was Senat und Bürgerschaft beschlossen haben ist Recht, und Recht kann niemals Unrecht sein. Das was wir bestimmt haben ist Recht!" Kann jemand schärfer seine Arbeiterfeindschaft zum Ausdruck bringen als es hier geschehen ist; leuchtet nicht aus jedem Wort die Freude über den gelungenen Wahlrechtsraub? Well wir diese unbefreitbare Lüttche in unserer ersten Rott konstatieren, ohne auch nur eine irgendwie gehässige Bemerkung daran zu knippen, fällt eine ganze Schier von Arbeiterfreunden über uns her um uns zu beschimpfen. Zwar läuft uns das völlig kalt, aber bezeichnend ist es doch dafür, daß gewisse Kreise der Bourgeoisie sehr sowieso auf den Hund gekommen sind, daß sie einen sozialen Arbeitnehmer vor der Macht besiegen. Die Entrüstungskomödie, die ein gewisser Dr. Silvert über unsere Freiheit in der Stadthalle

ausschreite, war so läppisch, daß man sich eigentlich wundern sollte, daß urteilsfähigkeitslame Verteilung hineinfallen könnten. Oder waren diese nur in verschwindender Anzahl vertreten? Halt scheint es so. Wir wären auf diese Sache nicht zurückgekommen, wenn es sich hier nicht einfach um ein Wahlmandat handeln würde, das ebenso schamlos wie dummkopf ist. Richtig zählen auch, wie dem toten Gegner, wenn er ehrlich für seine Überzeugung gekämpft hat, ihm unverdiente und vornehmlos angesetztes auch ungenvolte Lobeschnüren zu singen. Nicht aus Aggression, da's denn das willde auf einen Mangel an Charakter schuldhaft ist.

Gerechtigkeit erhöhet ein Volk, so steht zu lesen über dem Eingang zum Strafkammergericht des Lübecker Landgerichts. In diesem Raum ist schon manches Urteil gesprochen worden, das dem Volksempfinden ins Gesicht schlägt und das als Beweis dafür dienen kann, daß die Lübecker Richter sich nicht in das Leben und Fühlen des Volkes hinein zu versetzen verstehen. Auch am Sonnabend wurde wieder ein Spruch gefällt, der die Arbeiterschaft aufspezieren muß gegen die heutige Rechtspraxis. Ein Tschlergejelle soll einen Stellmachergestalten, der als Streikbrecher nach hier kam, auf dem Bahnhof aufgesondert haben, sich den Streitenden anzuschließen, und als dieser sich weigerte, ihn beleidigt und den Arm in drohender Weise erhoben haben. Das Schöfengericht verurteilte den Angeklagten, der die Tat entstiegen bestreitet, zu 3 Wochen Gefängnis. Auf eingelagerte Beauftragung erkannte die Strafkammer auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Ein solches Urteil kritisiert man nicht, sondern man saßt sich nur an den Kopf. Wie war es doch: Gerechtigkeit erhöhet ein Volk! Arbeiter denkt daran am 25. Januar!

Bewohnerbewegung im Monat Dezember 1906. (Die Angaben beziehen sich auf die Stadt Lübeck.) Im Dezember wurden 51 Ehen geschlossen gegen 67 im Vormonat, (48 im Dezember 1905) auf 1000 Einwohner berechnet 6,48 gegen 8,75 im Vormonat, 6,17 im Dezember 1905 und 6,49 im zehnjährigen Dezember-Durchschnitt. Lebendgeburten erfolgten 253 gegen 212 im Vormonat (207 im Dezember 1905), auf 1000 Einwohner berechnet 8,89 gegen 27,69 im Vormonat (26,60 im Dezember 1905 und 28,98 im zehnjährigen Dezember-Durchschnitt). Totgeburten fanden 11 statt gegen 6 im Vormonat (9 im Dezember 1905). Unehelich geborene wurden 32 Kinder gegen 14 im Vormonat (21 im Dezember 1905). Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburten) war 119 gegen 110 im Vormonat (104 im Dezbr. 1905), auf 1000 Einwohner berechnet 15,00 gegen 14,87 im Vormonat (18,86 im Dezember 1905 und 18,58 im zehnjährigen Dezember-Durchschnitt). Einschließlich der Totgeburten hat die Zahl sämtlicher Geburten 264 gegen 218 im Vormonat (216 im Dezember 1905), sämtlicher Sterbefälle 180 gegen 118 im Vormonat (118 im Dezember 1905) betragen. Der Überschuz der Geborenen über die Gestorbenen betrug hier nach 192 im Vormonat (163 im Dezember 1905), auf 1000 Einwohner berechnet 16,89 gegen 18,32 im Vormonat (13,24 im Dezember 1905 und 12,40 im zehnjährigen Dezemberdurchschnitt). Unter 1 Jahr alte Kinder starben 31 gegen 22 im Vormonat (29 im Dezember 1905), über 70 Jahre alte Personen 20 gegen 27. Unter den Todesursachen sind hervorzuheben: Angeborene Leibschwäche 5 (gegen 6 im Vormonat), Alterschwäche 8 (10), Masern 1, Reuchhüten 1 (1), Typhus 1 (1) Tuberkulose der Lungen 5 (6), Tuberkulose andere Organe 4 (4), Lungenentzündung 15 (10), Krankheiten der Atmungsorgane 4 (7), Influenza 1 (0), Krankheiten der Kreislauftorgane 18 (6), Gehirnschlag 3 (7), Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 8 (11), Krebs 11 (8), Selbstmord 2 (1), Verunglückung 8 (2). Im Geläufigkeitsjahr 1906 betrug die Zahl der Geschlechtungen 798 (722 im Jahre 1905), oder auf 1000 Einwohner 8,28 (7,95 im Jahre 1905 und 8,19 im zehnjährigen Durchschnitt), der Lebendgeburten 2514 (1905: 2625), oder auf 1000 Einwohner 28,92 (28,91 im Jahre 1905 und 30,24 im zehnjährigen Durchschnitt), der Sterbefälle 1414 (1905: 1524), oder auf 1000 Einwohner 15,14 (16,78 im Jahre 1905 und 16,95 im zehnjährigen Durchschnitt), der Geburtenüberschuz 1100 (1905: 1101), oder auf 1000 Einwohner 11,78 (12,13 im Jahre 1905 und 12,92 im zehnjährigen Durchschnitt).

Flugblätter wurden gestern sowohl von unseren Ge nossen, als auch von den Gegnern verbreitet. In einzelnen Straßen hatten die vereinigten bürgerlichen Parteien Kinder damit betraut. Anscheinend schämen sich viele Erwachsene, diese Arbeit zu leisten. Wenn man den Inhalt der Reichsverleumdungsverband entstammenden Wische berücksichtigt, kann man diese Scham verstehen.

Eine öffentliche Musikerversammlung, die vom Lokalverein Lübecker Musiker einberufen war, fand Sonntag vormittag im Bürgerverein statt. Obgleich dem Lokalverein nach § 10 seiner Satzungen verboten ist, sich politisch zu betätigen, sondern vollkommene Neutralität zu üben, wurden die Satzungen einseitig beiseite gesetzt; Reichstagskandidat Klein wurde geholt, um ein Referat über die soziale Lage der Musiker zu halten, und der Kummel ging los. Natürlich war es nichts als eine Wahlrede, was wir hörten. Die bösen Sozis, betonten ja an allen Ecken und Enden eins ausgewischt. Hauptähnlich Bebels „Frau“ hat es dem Herrn Klein angeltan, sein Großvater stieg sich weit, daß er es ein blödsinniges Buch nannte. (Ein Beweis für die hohe geistige Stufe, auf der Herr Klein steht. Red.) Herr Klein erzählte dann zum so und so vielen male die Illwahrheit, daß an der Verschlechterung des Lübecker Bürgerwahlrechts nur die Sozialdemokraten schuld seien. Wenn sie nicht national würden, würden sie das Reichstagswahlrecht auch noch gefährden. (So, so!) Weiter erfuhren wir noch, daß unsere Lübeckische Verfassung gar nicht so schlecht sei, daß unsere Regierung oft länger wie acht Stunden arbeiten müsse und, frei nach seinem großen Bruder Schröder, daß die 80 Sozialdemokraten ja im Reichstage gar nichts erreicht hätten. Redner sprach dann über die Lage der Musiker, wobei er unter anderem erwähnte, daß er das gewerbliche Musizieren der Militärmusikern nicht ganz abhaffen will, sondern das Spielen größerer Kapellen soll gestattet sein, damit die Herrn Militärmusiker, wenn sie wieder ins Zivil zurückkehren, auch leistungsfähig bleiben. Ein sehr sonderbarer Grund. Zum Schlusse seiner Ausführungen empfahl Redner den Anwesenden, einer auf nationalem Boden stehenden Organisation beizutreten. Herr Otto, der neu gebildete Vorstande des Lokalvereins, warf den Mitgliedern des Central-Verbandes der Zivilmusiker indirekten Streitpunkt vor, was natürlich auf der angehuldigten Seite lebhafte Erstaunen hervorrief. Schließlich stellte es sich aber heraus, daß die Herren, die gewerbliche Tätigkeit eines ihrer eigenen Mitglieder beschränken wollten und dieses hatten die Centralverbandsmusiker nicht respektiert, nebenbei bemerkt hatten dieselben auch nicht die geringste Ahnung von den Absichten des Lokalvereins. In der Diskussion sprach zunächst der Kollege W. Meier, welcher den Vorwurf des Streitpunktes

zu das Isolatzie zutriebes. Dann auf die Ausführungen des Herrn Klein eingehend, wurde von Redner behauptet, daß ein Mann, welcher für eine Heer- und Flottenverehrung zu haben sei, für einen Musiker in Frage kommen könnte, da ja eine jede Vermehrung des Heeres auch die Konkurrenz, welche von Seiten der Militärmusiken haben, nur vergrößern würde. Redner wunderte sich auch darüber, daß in der Bürgerschaftsleitung im Orchester des Vereins der Musikkunde eintrat, Herr Klein nicht im geringsten für die Musikkunde interessiert. Die Bürgerschaftsleitung dieses Orchesters wäre ja ein wahrer Segen für die Mitglieder desselben gewesen, aber Herr Klein sandt kein Wort für eine Zustimmung. Redner fragte, ob Herr Klein denn erst später sein warmes Herz für die Musiker entdeckt habe? Daß der freisinnige Reichstagskandidat nicht ein vollständiges Verbot betr. des Spielens der Militärmusiken zu haben sei, wurde natürlich auch gebührend festgestellt. Die Frage, ob Herr Klein sein warmes Herz erst später entdeckt habe, hatte es dem Mischa-Mach-Kandidaten angetan. Gleich mußte ein Zeuge aufmarschieren, welcher bestätigen sollte, daß Klein die traurige Lage der Zivilmusiker schon länger bekannt war, beinahe schon seit zwei Jahren. Dann ging's aber los, hast du nicht gesehen, immer drauf auf die bitterbösen Roten: daß ist die sozialdemokratische Taktik; so sind sie alle, lösigt, der „Volksbote“ und wie sie heißen mögen, einen Menschen verdächtigen, die Versammlung im Zweifel darüber lassen, ob es wohl wahr ist, was man gesagt hat, aber nachher, wenn Beweise gefordert werden, dann ist nichts zu wollen usw. usw. Ehrlich währt am längsten, das waren seine letzten Worte. Zum Schlusse sah sich der Vorsitzende veranlaßt, den Anwesenden zu empfehlen, am 25. Januar für Klein zu stimmen, er schiene der „geeignete Mann“ zu sein.

— Wir sind ganz anderer Meinung. Die Musiker, welche im Ernst ihre Lage verbessern wollen, dürfen nimmermehr einem bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme geben, und deshalb, ihr freistehenden Musiker, folgt der Mahnung des Herrn Otto nicht, sondern wählt am 25. Januar Theodor Schwarz. Arbeitervolk verurteilte den Angeklagten, der die Tat entstiegen bestreitet, zu 3 Wochen Gefängnis. Auf eingelagerte Beauftragung erkannte die Strafkammer auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Ein solches Urteil kritisiert man nicht, sondern man saßt sich nur an den Kopf. Wie war es doch: Gerechtigkeit erhöhet ein Volk! Arbeiter denkt daran am 25. Januar!

Arbeiterrisiko. Der auf den Lubeca-Werten beschäftigte Stanger Kleinfeld stande sich Sonnabend mittag 2 Uhr das erste Mal des rechten Begegnings ab. Der Verlehrte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Einen angstvollen Tod fand von Sonnabend auf Sonntag ein schwächerer junger Mann. Auf einem Spaziergang über Vorwerk nach dem neuen Friedhof geriet er auf unauffällige Weise dortselbst in einen Sumpf. Man fand den Verunst am Sonntag mit dem Kopf über Wasser als Leiche. Nachdem die Leiche rekonvolutiert war, wurde dieselbe nach der Wohnung des Verunglückten gebracht. Dem Vernehmen nach soll der Hundort so beschaffen sein, daß derartige Unfälle bei sehr starkem Nebel wiederholt vorkommen können, wenn jemand nicht ortskundig ist.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 16. bis 23. Dezember 238 Schiffsunfälle gemeldet worden. Davon sind 10 Dampfer und 18 Segelschiffe total verloren gegangen, 146 Dampfer und 64 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

hp. Diebstahl. In der Nacht vom 19./20. d. Mts. wurden einem Arbeiter etwa 600 Pfd. Kartoffeln gestohlen, die er in seinem Garten bei Carlshof eingegraben hatte.

hp. Fahrraddiebstahl. Am Sonnabend den 19. d. M. nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr wurde bei der Cremser Eisenbahnbüchse ein schon ziemlich altes Fahrrad gestohlen. Das Rad trug die vom Postamt gelieferte Erkennungsnummer 7682, hat schwarzes Gestell, ebenfalls Felgen, Radlaufglocke, nach oben gebogene Lenkstange, brauen Sattel und Gummikette-Pedale. Der Mantel des Worderades ist gesichtet.

Kaiser-Panorama. Im Panorama sind in dieser Woche Bilder aus dem hohen Norden, eine Seereise auf dem Dampfer „Hohenzollern“ durch Norwegien von Stavanger bis Hamarfen, der nördlichsten Stadt Europas und zum Nordkap ausgestellt. Die därfelige Vegetation des Öden, an Seen und wildromantischen zum Teil mit Schnee bedeckten Felsgegenden reichen Landes tritt uns auch in dem Äußeren der Städte und Dörfer entgegen; da, wo die Natur ihre Gaben weniger reichlich als im Süden spendet, konzentriert sich das Interesse des Menschen vor allem auf die Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Brachbauten und Luxusgegenstände sind spärlich vertreten, die Wohnhäuser, namentlich der Dörfer und die zahlreichen Fischerhütten machen einen überaus ärmerlichen Eindruck. Als besonders interessant sind die vielen Fjorde zu erwähnen, sowie die Aufnahmen einiger Seen und Wolkenpartien, darunter ein prächtiges, von der Mitternachtssonne erleuchtetes Wolkenbild. Die Serie ist um so schenwerter, als es nur Wenige gibt, welche die nordischen Gegenden aus eigener Anschauung kennen.

Im Stadttheater gelangt morgen Enrico Boschi's Oper „Der Wanderer“ zur Erstaufführung, vordem wurde das Werk bisher nur noch am Hoftheater in Mannheim gegeben. Der Sohn des Komponisten Renzo Boschi, der hier im Stadttheater als Kapellmeister engagiert ist, wird das Werk seines Vaters dirigieren. Ob der Komponist morgen Abend der Aufführung beiwohnen wird, ist noch nicht bestimmt, doch wahrscheinlich. Der Abend beschließt die komische Oper „Don Pasquale“ von Donizetti, welche jüngst mit großem künstlerischen Erfolge hier zur Aufführung kam und seitdem noch keine Gelegenheit zur Wiederholung fand.

Schwartau. **Wählerversammlung.** Als viel zu klein erwies sich am Sonnabend der Saal des „Gasthof Transvaal“, um alle Besucher der Wählerversammlung zu fassen. Kopf an Kopf gedrängt standen im Hintergrunde des Saales diejenigen Besucher, die keinen Platz mehr erhalten konnten. In etwa 1½ stündiger Rede behandelte Genosse Stelling die Reichstagsauflösung und die Stellung der verschiedenen Parteien zur Reichstagswahl. Mitten im Vortrage erscholl plötzlich Feuerlärm; im Nachbarhaus war ein Schornsteinbrand ausgebrochen. Die Erregung der Versammlung legte sich jedoch bald wieder, so daß Redner seinen Vortrag beenden konnte. Genosse Steller, der Berlitzungsleiter richtete dann noch einige anfeuernde Worte an die Wähler, um Wahltag ihre Pflicht zu tun. Hierauf wurde die Versammlung mit einem drausenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Cura. Eine Abrechnung mit dem Mischa-Mach stellte die gestern Abend hier im Lokale des Herrn Stender tagende Wählerversammlung dar. Genosse Stelling beschäftigte sich recht eingehend mit dem Verhalten und der gemeinsamen Kampfweise der Mischa-Mach-Kandidaten. Die Aufrüttung des Redners am 25. Januar dem Lübecker

und dem Lübecker Bürgerschaftswahlkreis am 25. Januar, und die Zustimmung ob ihres Worten Verhältnis zu geben. Mischa-Mach forderte dann noch in tiefen Worten zur regen Propaganda auf, worauf die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde.

Z. Demmelsdorf. **Wählerversammlung.** Eine öffentliche Volksversammlung fand hier nach Sonntag Nachmittag im Lokale des Herrn Julius Roth. Dieselbe war sehr gut besucht. Genosse Steller führte in etwa einer einstündigen Rede den Anwesenden die Wichtigkeit der Reichstagswahlen vor Augen und forderte zum Schlusse zur regen Propaganda für den sozialdemokratischen Kandidaten Genosse Stelling auf.

Pansdorf. **Wählerversammlung.** Eine sehr gut besuchte öffentliche Volksversammlung fand hier gestern Abend 7 Uhr im Lokale des Herrn Diedrichsen statt. Genosse Steller machte die Anwesenden auf die Wichtigkeit der Reichstagswahl aufmerksam und forderte die Versammlung auf, am Wahltag dem Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimme zu geben.

Cronsförde. **Wählerversammlung.** Am Sonntagabend tagte im Lokale des Herrn König, Ober-Büssau, eine sehr gut besuchte öffentliche Wählerversammlung, in welcher Genosse Schneider-Lübke über die bevorstehende Reichstagswahl referierte. Die Ausführungen des Redners wurden sehr beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen mehrere Landbewohner im Sinne des Referenten. Unter anderem brachten dieselben auch die verlogenen Berichte der bürgerlichen Blätter in Lübeck über die von dem Kandidaten Klein abgehaltenen Wählerversammlungen zur Sprache. So seien z. B. vorige Woche in der Versammlung im Crummessebaum kaum ein Dutzend Anhänger Kleins, im übrigen aber zahlreiche Anhänger der Kandidat Schwarz anwesend gewesen, die dem Herrn Klein in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben hätten, daß für ihn in der vorliegenden Gegend kein Weizen blühe. Und da prahle man von einer großen Versammlung und fasse von einem tiefen Eindruck, den die Ausführungen Kleins auf die Versammlung gemacht hätten.

Cashagen. **Wählerversammlung.** Vor einer sehr gut besuchten Wählerversammlung im Hause des Herrn Augustin sprach hier gestern nachmittag Genosse Stelling. Die Versammlung war eine großartige.

Travemünde. Eine gut besuchte Wählerversammlung tagte Sonnabend abend 7 Uhr im „Colosseum“ in Travemünde. Genosse Schwarz widerlegte zunächst die in gegnerischen Flugblättern gegen uns gerichteten Verleumdungen und Lügen, um dann in seinem dreistündigen Vortrag die Kolonialpolitik scharf zu attackieren und die eigentlichen Gründe der Reichstagsauflösung klar zu legen. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen und meldeten sich trotz Aufforderung Gegner nicht zum Wort. Nach einer Aufforderung des Versammlungsleiters, recht kräftig für die Wahl des Kandidaten Schwarz einzutreten, wurde die Versammlung um 10½ Uhr geschlossen.

Hamburg. **Arbeiter, organisiert Euch!** Der Verein der Hamburger Reederei beabsichtigt, unter dem Namen „Verband der Schiffahrts- und Hafenbetriebe von Hamburg-Altona“ einen engeren Zusammenschluß aller am Hafenbetriebe beteiligten Unternehmen herzbeizuführen, um den Hamburger Hafen zukünftig vor verhängnisvollen Störungen durch etwaige von den Hafenarbeiter- und Transportarbeiterverbänden inszenierte Streiks zu schützen. — Ein Paketschiffsschiff „Kestrel“ an der New Yorker Agentur der Hamburg-Amerika-Linie ist die Nachricht zugegangen, daß der Dampfer „Prinz Waldemar“ Sonnabend Nacht um 2 Uhr eine halbe Meile östlich von Plum Point (Jamaica) gestrandet ist und daß Bergungsschiffe zur Hilfeleistung abgegangen sind. Die Hamburg-Amerika-Linie bestätigt die Meldung vom Auflaufen des Dampfers bei Plum Point und fügt hinzu, daß die Passagiere und die Besatzung gerettet sind. Die Lage des Schiffes wird als nicht ungünstig bezeichnet; Bergungsdampfer sind zur Stelle und man hofft, den Dampfer abzubringen. — Zu der Strandung des Dampfers „Prinz Waldemar“ teilt die Hamburg-Amerika-Linie noch mit: Der Kapitän des Dampfers war vor seiner Ankunft an der Küste von Jamaika telegraphisch nicht mehr zu erreichen. Die Strandung ist auf die völlige Veränderung, welche die Hafeneinfahrt von Kings-ton durch das Erdbeben erlitten hat und auf die Verstärkung der dort befindlichen Leuchttürme zurückzuführen. — Auf Grund geraten. Nach Meldung des Korrespondenten der „Associated Press“ aus Kingston vom 17. d. M. ist der deutsche Postdampfer „Prinz Adalbert“ der Hamburg-Amerika-Linie, mit dem eine größere Anzahl von Amerikanern die Insel hatte verlassen wollen, in der Nacht vom 16. auf den 17. in der Nähe des Bracs der „Prinzessin Victoria Louise“ ebenfalls auf Grund geraten.

Oldenburg. **Raubmord.** In der Nähe von Marenfeld wurde im Kanal der Obermaschinen-Wart ermordet und verraudt aufgefunden; sein Hals war durchschnitten, der Kopf und Unterleib verstümmelt. Dem Ermordeten, der vollständig angekleidet war, sind die Uhr und die Taschenuhr gestohlen. Der Mörder hat sein Opfer dann in den Kanal geworfen. Bisher ist der Täter nicht ermittelt.

Utecht. Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung fand hier selbst am Sonntag im Lokale des Herrn Prüsching statt. Genosse Löwig-Lübke referierte unter dem Beifall der Anwesenden über die bevorstehende Reichstagswahl. Der Vorsitzende Genosse Freitag ermahnte ebenfalls, für die Wahl unseres Kandidaten Schwarz tätig zu sein und wies die von Klein gegen ihn erhobenen Behauptungen zurück.

Aus Nah und Fern.

Eine Ordnungslücke. Das Landgericht Braunschweig verurteilte den Rechtsanwalt Woppenried aus Wolfenbüttel zu 3½ Jahren Gefängnis und 9 Jahren Chorverlust. Das Gericht nahm 17 Fälle von Untreue an.

Die Versteigerung eines armen Kindes. In einem Dorfe bei Augsburg wohnt ein armer Befindender, dessch ehrlich durchs Leben zu schlagen versuchte. Er arbeitete fleißig. Ost war der Verkauf von Beten an der Stadt aber gering. Er mußte dann Betteln. Betteln ist jedoch verboten. Er wurde bestraft und — ausgerechnet Ausgewiesen aus dem Stadtgebiet, in dem er bisher fast ausschließlich seine Beten verlaufen konnte! Jetzt ging es vergangenes Jahr nicht mehr, wurde ein sehr vielstechernder Mensch.

zollverein in Betracht kommen, die durch die neuen Handelsverträge die Entscheidung für ein Jahrzehnt festgelegt ist. Das ist schon deshalb unwahr, weil der neue Handelsvertrag das zivile Recht haben wird, die Lebensmittelzölle herabzulegen, und es wird nur auf die Wähler ankommen, ob er so beschaffen sein wird, daß er dieses Recht auch ausübt. Diese untere Auffassung wird bestätigt von der konservativen "Kreuzzeitung" und der agrarischen "Deutschen Landeszeitung". Das erwiderte Blatt schreibt:

"Nun oben sind die Einzelheiten festgestellt, nun kann sie jederzeit durch die deutsche Regierung abgedämpft werden, und eine Gelegenheit dazu bot sich schon beim Abschluß eines Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten. Wenn eine freihändlerische Mehrheit im Reichstage bestände, würde die amerikanische Regierung diese Situation ausnutzen und eine Herabsetzung der Getreidezölle zu erreichen suchen."

Die "Deutsche Tageszeitung" ist ganz derselben Meinung und zieht schon die Stotzne:

"Wir möchten deshalb alle uns nahe stehenden Wähler dringend auffordern, die Kandidaten zu verpflichten, einem Handelsvertrag mit Amerika unbedingt die Zustimmung zu versagen, in dem die Zölle auf Landwirtschaftliche Erzeugnisse niedriger angesetzt werden als in den bisher abgeschlossenen Handelsverträgen. Die Gefahr ist für die Landwirtschaft um so größer, als die etwaige Herauslösung der Zölle infolge der Meistbegünstigungsklausel auch allen den Staaten zu gute kommen würde, mit denen bereits Verträge abgeschlossen sind."

Das heißt, aus dem Agrarisch-Konservativen ins Sozialdemokratische übergesetzt:

"Ein Wähler, der keine weitere Besteuerung der Lebensmittelpreise, sondern billigeres Fleisch und billigeres Brot, billigere Nahrung überhaupt haben will, kann nur denjenigen Kandidaten wählen, der sich bereit erklärt, bei Gelegenheit des amerikanischen Handelsvertrags das Koch der Abschließungs-politik und des Zollwuchers zerrümmern zu helfen."

Und der Kandidat, der dieses Versprechen abgibt und — was die Hauptfahrt ist — auch hält, kann kein Agrarier, kein Konservativer, kein Reichspartei, kein Zentrumsmann, kein Nationalliberaler, kein Freisinniger und auch kein Mischmaschkandidat, sondern nur ein Sozialdemokrat sein!

Als Protest nicht nur, sondern auch als wirksame Abwehr des Brot- und Fleischwuchers muß der 25. Januar kommen, was der 16. Juni 1903 begonnen hat. Dass die Gelegenheit vorhanden ist, daß sie nur verstanden und richtig ausgenutzt werden muß, beweisen die Stimmen unserer Begier.

Soziales und Parteileben.

Wer ist Terrorist? Darauf gibt das Ergebnis einer Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der "Frankfurter Volksstimme" Genossen Paul Schlegel, vor dem Schöffengericht Rulmbach Auskunft. Im Jahre 1903 brach in Rulmbach ein allgemeiner Streik der Böttner aus, der ungünstig verlief. Einer der damaligen Streikenden, der Böttner Hofmann, konnte lange keine Arbeit mehr erhalten, bis ihn im Oktober v. J. der Böttnermeister Neubauer in seiner Wohnung aufsuchte und ihm bat, bei ihm einzuhelfen, wobei er ihm Arbeit bis März 1907 versprach. Saum hatte jedoch Hofmann einige Tage gearbeitet, als Neubauer vor die Sitzung der Böttnermeister-Vereinigung geladen und aufgefordert wurde, den Hofmann wieder zu entlassen, da er beim Streik in Versammlungen gegen die Meister aufgetreten und auch Streikposten gestanden habe. Neubauer erklärte darauf am Sonnabend dem Hofmann, es sei ihm leid, aber er müsse ihn entlassen, weil er sonst von den Brauereien, von denen sämtliche Böttnermeister abhängen, keine Arbeit mehr bekomme. Diesen Fall hatte die "Volksstimme" als unerhörten Terrorismus bezeichnet, dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß die Entlassung auf den Druck der Brauereibesitzer hin erfolgt sei, weshalb den Herren die Bezeichnung "Kapitalproteger" beigelegt wurde. Aus der ehrlichen Aussage des Meisters Neubauer war auch zu entnehmen, daß tatsächlich die Brauereivereinigung der treibende Geist gewesen sei. Trotzdem wurde Schlegel zu 8 Tagen Gefangen verurteilt. Das Gericht hielt zwar für festgestellt, daß der Meister gezwungen wurde, den Arbeiter, mit dem er nach eigenem Beugnis sehr zufrieden war, aufs Pfaster zu werfen, doch sei nicht erwiesen, daß die Brauerei

besser dahinter steckte. In dem Urteil ist auch von der "gefährlichen Tendenz" der "Volksstimme" die Rede, der es nur um die Verherrlichung der Arbeiter zu tun sei. Viel verhindernder als lösend Zeitungskritiken wie dieses Urteil und seine Begründung.

Aum Standort der Berliner Handelsindustrie. Die Zahl der Ausgesperrten wächst noch immer; sie beträgt jetzt 5800. Zum zweiten Wettbewerb des Werthauses beschriften Schmetter und Schmetterlinnen wurde durch Abstimmung das Mitglied Mirus Frankfurt a. M. mit 2004 Stimmen gewählt. Auf Joseph-Dresden entfielen 261 Stimmen.

Sämtliche Fabrikanten Kreisels haben in einer Versammlung beschlossen, vom Montag ab sämtliche in ihren Betrieben beschäftigten Fabrikarbeiter auszusperrn. Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie hielt eine Generalversammlung ab, um zu der Aussperrung der Fabrikarbeiter Stellung zu nehmen. Die Generalversammlung erklärte sich bereit, der Aussperrungsmaßregel beizutreten, setzte aber den endgültigen Beschluss auf Dienstag fest.

Aus Südeck und Nachbargebieten.

Montag, den 21. Januar.

-k. Aus nächster Nähe des Herrn Stein. Im Oktober vorigen Jahres wurde auf einer Konferenz der Oberpostschaffner-Bereinigungen der Versuch gemacht, diese Beamtenklasse in die Politik einzuführen. Was kann da wohl näher liegen, als daß man gräßlich macht vor der Sozialdemokratie? Und in welch göttlicher Weise dies geschehen, das muß man gesehen haben. Besonders dröllig vorbelagungen ist aber das läbige Beginnen in einem Referat über den Beamtenstand und die Sozialdemokratie. Die bösen Sozialdemokraten sollen nämlich der größte Feind sein, den die Oberpostschaffner haben. Wie aber gesunde Fortschritt bei den Posten nur ein Stein auslöst, so waren sie von Anfang an Gegner dieser Beamtenklasse." Dann heißt es, daß die heutige Lage der Postunterbeamten drückender denn je ist. Die andauernde und fortwährend steigende Teuerung aller Bedarf Artikel des Wohnungsanges, lädt die Führung einer geordneten Haushaltung nicht zu. Es mag hart klingen, jedoch beruht es auf Wahrheit: Um den drückendsten Verpflichtungen nachkommen zu können, müssen die hierzu notwendigen Mittel am Munde abgedreht werden." Und dann gibts eine "Erklärung", wie die Teuerung entstanden. Es wird nicht gesagt, daß die Zoll- und Wucherpolitik eine Konsequenz ist der Bewilligungswut unserer Staatserhalternden. Nein, die Teuerung ist ausschließlich Fabrikat der Sozialdemokraten. Die unzähligen Streiks, die vor der bestehenden Teuerung von den Führern der sozialdemokratischen Gesellschaft rigoros inszeniert wurden und weiter inszeniert werden, haben das Notwendige zu der Teuerung beigetragen und tragen weiter bei. Es ziehe Bogen-Strauß-Politik treiben, wollten wir uns der Einsicht vergleichen, daß die Teuerung nach den vielen geradezu frivollen inszenierten Streiks einzog. Wir wundern uns, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte, schalten wir zunächst das Fleisch aus, so enorm in die Höhe gegangen sind. Dies ist eine natürliche Folge der vielen Streiks, der darauf folgenden Preisaufschläge auf Bedarf Artikel, die der Landwirt kaufen muß, der in die Höhe gegangenen Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die unzähligen Streiks, in ihrem Gefolge die Teuerung aller Bedarf Artikel, stellen eine Schraube ohne Ende dar, die den Mittelstand zerreißen soll. Das ist das triumphante Werkzeug der sozialdemokratischen Führer. So, nun wissen wir! Und in einer solchen blöden Weise sucht man die Oberpostschaffner von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Mag es in manchen Fällen gelingen, daß es aber nach Möglichkeit wenig geschieht, dafür mögen unsere Genossen sorgen, indem sie über das Gesicht der Sozialdemokratie ein Bild in den Kreisen der Postunterbeamten verteilen, das der Wahrheit näher kommt. Mögen die wenigen Tage noch benutzt werden, um aus den vorhandenen "klein"gläubigen "Schwarz"lehr zu machen.

Große Volksunterhaltung. Der "Neue Frauenverein" hat sich entschlossen, da leider in diesem Winter die kleinen Volksunterhaltungen wegen Lokalschwierigkeiten ausfallen mußten, vielfach gehäerten Wünschen zu entsprechen und eine große Volksunterhaltung zu veranstalten. Dieselbe findet am Dienstag, den 29. Januar, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Konzerthauses Fünfhausen statt. Das reichhaltige Programm, durch zum Teil schon bekannte und beliebte Kräfte ausgeführt, wird viel Abwechslung bringen, einen Vortrag, musikalische Darbietungen, Declamation

für den Ausführenden gefährlicher — für den Zuschauer peinlicher ist. Das Publikum allein hätte es in seiner Gewalt, sich solche Schau zu verbieten, aber die große Mehrzahl verlangt derartige Produktionen, ja läuft gerade dem Unnatürlichen und Widerlichen am meisten nach. Doch Gott sei Dank, es ist vorüber, und der tollkühnste Ritt der Gesellschaft wird uns nach dieser Schau wie Spieleret erscheinen."

Cäcilia. Großfeuer. Unsere Stadt wurde Sonnabend vormittag von einer solchen Feuersbrunst heimgesucht, wie wir sie wohl seit vielen Jahrzehnten nicht zu verzeichnen gewohnt haben. Gegen 7 Uhr erscholl plötzlich Generalalarm, es brannte in dem Hotel Holsteinischer Hof, in welchem am Abend vorher eine Festlichkeit stattgefunden hatte. Das Feuer, welches in der Etage, wie man annimmt, durch eine Gasflamme entstanden, nahm alsbald solche Dimensionen an, daß denselben, obgleich die Feuerwehr bald darauf ihre Tätigkeit begann, nicht mehr Einhalt getan werden konnte. Gewaltige Rauchwolken schlugen empor und die Flammen züngelten immer weiter. Das Knoppsche Gewebe sollte, als dem Feuer zunächst liegend, sich nicht mehr halten, es fiel dem verheerenden Elemente ebenfalls zum Opfer. Der vor einigen Jahren neu erbaute Pferdestall ist verschont geblieben. Auch das zwischen Schumacher und dem Palais befindliche Schumacher gehörende Gebäude, in welchem die Witwe Brühl ein Bäckergeschäft betrieb, wurde eingeschert. So bildet jetzt der "Holsteinische Hof", das daran liegende Gebäude sowie das Knoppsche Gewebe einen einzigen großen Schutt haufen. Gerettet ist an Möbeln nur wenig. Das Feuer ist so plötzlich zum Ausbruch gekommen, daß mehrere Pensionäre nur mit knapper Not das nackte Leben haben retten können. Einen empfindlichen Schaden leidet auch die bei Schumacher wohnenden Schauspieler, die dem Bernohnen nach ihren sämtlichen Sachen verloren haben, die nicht verschont sein sollen.

Aus Nah und Fern.

Der Schnaps. Das Schwurgericht in Düsseldorf verurteilte den Arbeiter Hermann Esch, der im November vor Jäg seinen Kofit, den Maurerpfeil Mickenich, nach einem Schnapsgeiste durch Messerstiche getötet hat, zu fünf Jahren Buchthalus. Esch war schon früher einmal wegen Totschlag zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Mord. Wie die "Frst. Ztg." aus Belgrad meldet, wurde der serbische Lehrer Michailowitsch aus dem Dorfe Bessalonowatz (Alt-Serbien) auf der Straße in der Nähe von Kumanowo von dem Feldwächter Saich, einem Lükken, meuchlings ermordet. Der Mörder wurde von der Polizei eruiert. Bei seinem Verhör gab er an, von Bulgarern aus Kumanowo um 90 türkische Lire gedungen zu sein, um den ihnen verhafteten serbischen Lehrer zu ermorden.

Kellereinsturz. Aus Sulzgries im Oberamt Eglingen wird gemeldet: Durch einen Kellereinsturz wurden zwei Arbeiter verschüttet. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden. Ein dritter Arbeiter wurde schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Meissen verurteilte den 24jährigen Maurer Otto Hoffmann aus Neudörfel wegen Mordes, begangen am 16. Dezember 1908 in Eichendorf an seiner Geliebten, der Gigantin Martha Weber, zu Tode.

Eine Bücker-Verhandlung in Berlin ist übermals aufgelöst worden, weil der Drostgraf aufgefordert, die Juden mit dem Schwert auszutreiben.

Wieber gestellt. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich der aus der Fremdanstalt zu Düsseldorf entsprungene Mörder Grafenki am Donnerstag abend freiwillig der Behörde gestellt.

Bergsturz? In Hallenberg bei Ederawalde wurden die Arbeitnehmer Richter und ihr 13jähriger Sohn in den Betten tot aufgefunden. Man vermutet, daß der Tod infolge Genusses einer giftigen Speise eingetreten ist.

Diensthof-Olen. Der Gekreis Olen in Augsburg war arg verknüpft, als seine Dienstmeide auf ihrem nur zwei Stunden währenden 14tägigen Sonntagsausgang bestand. Als sich das Mädchen dann anzog, überfiel er sie in einer Bodentammer, schlug sie mit den Fäusten einige Male ins Gesicht und sperrte sie dann zwei Stunden im Dachboden ein, wo sie dann von fremden Personen aufgefunden und befreit wurde. Das Landgericht Augsburg erkannte für diese Brutalität des Dienstherren auf auf die Mindeststrafe von M. 3 für die Körperverletzung und 1 Tag Gefängnis für die Freiheitsberaubung!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwan. Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Südet.

schwächtig, und die kleinen, blitzenden Augen behielten selbst unter den bis zur Verzerrung gemalten Brauen ihre scharfe Schärfe. Die ganze Szene hatte übrigens nur dazu dienen sollen, die Aufmerksamkeit des Publikums kurze Zeit zu beschäftigen, und noch während des Umrherspringens und Ausweichens des Bajazzo flog plötzlich ein kleines weißes Pony in gestrecktem Galopp über die niedere Eingangsbatterie und mitten in den Circus hinein. Auf seinem Rücken aber lag ein kleines, vielleicht siebenjähriges, als Esse gar phantastisch gekleidetes Mädchen. Stallknechte, Bajazzo und Stallmeister stoben blitzschnell auseinander, und während das Pony den Circus umflog, war die jugendliche Reiterin in die Höhe gesprungen und grüßte, auf dem breiten Sattel stehend, freundlich lächelnd nach allen Seiten hinüber. Sie trug fleischfarbene Trikots, ein kurzes, leichtes rosa Röckchen von durchsichtigem Stoff, das Kleidchen dabei tief ausgezerrt, und an den halbnackten Schultern ein paar rautenförmige Flügel, handhabte auch ihr zierliches Ross ganz vorzüglich und zeigte eine für ihre Jahre außerordentliche Übung.

Die Frauen waren ganz entzückt von dem kleinen Wesen, das in jeder seiner Bewegungen — nur nicht im Körper selber — vollkommen erwachsen schien. Zum Außersten kostete und überdachte, grüßte und winkte sie bald da, bald dorthin, trieb ihr Pferd mit der kleinen Peitsche an, und hielt plötzlich, um sich von dem rasch herbeispringenden Stallmeister noch einmal die Söhnen mit Kreide streichen zu lassen. Dabei lächelte sie auch dem Bajazzo zu, der um sie her die tollsten Kapriolen machte, stieg dann durch Reifen und über Guirlanden, und trieb alle die übrigen Kunststücke, die Kinder in dem Alten gewöhnlich bei solchen Gesellschaften treiben. Das Publikum applaudierte zwar lebhaft, aber es bleibt doch immer ein eigenes, den nicht angenehmes, oft sogar unbehagliches Gefühl, ein Kind zu solchen Künsten abgerichtet zu sehen. — Was die Schenungen hat das Kinderherz nicht schon gesammelt, das dort mit der effektiven Handbewegung und halben Schwundes den Applaus des Publikums erwidert! Wie lange schaute es seinen schönsten Schmuck, die Kindlichkeit, abgeschüttelt haben, jede Bewegung einer erwachsenen Kreatur so ausdrücklich nachzuhören! Ihr applaudierten, und jaulte der kleinen zu: "Angiangi, emm, wie kann die Kute sein, wie, wenn das Gute Kind wäre, und kann bedauern, die möglichste Kreatur, das sein böses Gedicht in solche Raum in solch ein münnendes Glöck geworfen. Und fühlt sich selber gleichsam in hellem Leben? Es nicht und kann bei einer solche freudenstrahlendem Gesicht und sprecher

lustig — hinter die Kulissen. — Was es dort treibt, kümmert das Publikum nicht.

"Mademoiselle Josephine", wie die Kleine auf dem Zettel genannt wurde, hatte mit diesem Ritt die Vorstellung eröffnet, und ihr folgte auf einem schwarzen Ponys Monsieur Charles, "der kleine Hercules". Monsieur Charles, ebenfalls in fleischfarbenen Trikots, mit einem kurzen Löwenfell bekleidet und mit einer Keule in der Hand, war ein Knabe von etwa vierzehn Jahren, aber für sein Alter von außergewöhnlicher Kraft und Gewandtheit — ein wahres Talent in seinem Fach. Die schwierigsten Kunststücke führte er auf dem Rücken des dahinsausenden Pferdes aus, und mit kaltem, ja tollkühnem Mute schien er die Gefahr weit eher zu suchen, als zu vermeiden. Monsieur Charles wurde hervorgerufen, wie er die Arena kaum unter stürmischen Applaus verlassen hatte, und zwei Athleten nahmen jetzt seine Stelle ein, die mit halsbrechender Geschicklichkeit, der eine eine Stange balancierte, während der andere daran hinaufkletterte und oben die gefährlichsten und kühnsten Stellungen ausführte.

Und wie hing das leckste Menschenkind da oben! Das Nachlassen einer Muskel, ein Krampf in dem zum Zerspringen angespannten Sehnen der Hand, ein Grauwalen des Stomachträgers, und er warrettungslos verloren. — Und das Publikum saß dabei, hielt den Atem in peinlicher Spannung an, dankte Gott, als der Kreyler an seinen Gliedern den Boden wieder berührte, und — applaudierte doch wie rasend, ihn dadurch nur zu neuen, noch tollkühneren Versuchen anfeuernd. Komtesse Melante hatte sich schaudernd abgewandt, denn sie befürchtete, den Menschen im nächsten Augenblick zerschmettern vor ihren Füßen zu sehen. Graf Geyerstein, der an ihrer Seite lag, flüsterte:

"Sie haben Recht, Komtesse; ein Kerventigel erscheint vielen erwünscht, die Monotonie ihres alltäglichen Lebens zu unterbrechen. Diese Kunststücke werden aber zur Nervenqual — und doch, seien Sie die freudig staunenden Gesichter Ihrer Umgebung, die keine Ahnung von dem zu haben scheinen, was schon im nächsten Moment ihren Genuss unterbrechen könnte!"

"Es sollte verboten werden, solch entzückende Kunststücke öffentlich zu zeigen", sagte Melante. Graf Geyerstein zuckte mit den Achseln.

"Ja und nein", sagte er dabei. "Wir wissen dann nur

für den Ausführenden gefährlicher — für den Zuschauer peinlicher ist. Das Publikum allein hätte es in seiner Gewalt, sich solche Schau zu verbieten, aber die große Mehrzahl verlangt derartige Produktionen, ja läuft gerade dem Unnatürlichen und Widerlichen am meisten nach. Doch Gott sei Dank, es ist vorüber, und der tollkühnste Ritt der Gesellschaft wird uns nach dieser Schau wie Spieleret erscheinen."

Der Jubel der Zuschauer, als die beiden jungen Athleten den Schauspiel verlassen hatten, legte sich eben, als jener Stallmeister, mit einer halbkreisförmigen Verbeugung angezeigt: Madame Georgine Bertrand und Monsieur Bertrand! — Bajazzo benutzte diesen unbewachten Augenblick, jene Klappende Pritsche auf den hervorragendsten Teil desselben niedergedrückt zu lassen, und wenn der Scherz auch nicht zart war, wurde er doch von dem Publikum dankbar angenommen. Während der Stallmeister auf seinen Erzähler einfuhr, sprang das wunderschöne Weib des Kunstreiters und Seiltanzers in die Arena. Mochte nun die Beleuchtung und die vielfach aufgetragene Farbe dem Gesicht der Frau diese jugendliche Frische geben, aber Georgine war wirklich schön, und ein lautes unwillkürliche "Oh!" entfloß den Lippen der Versammlung, als sie leicht geschrägt und in ganz ähnlicher, nur weit brillanter Kleidung wie "Mademoiselle Josephine" im Circus erschien.

Ein paar junge Kavallerie-Offiziere fingen an zu applaudieren, und das Einstimmen des Publikums war eine Säule, die man der lieblichen Erscheinung brachte. Madame Bertrand zeigte sich auch dankbar dafür. Ihre Bahn dahin fliegend, hatte sie fast für jeden ein Lächeln, wenn auch ein noch so flüchtiges, für jeden einen freundlichen Blick, eine halbverdeckte Kusshand, mit der sie die Herzen gleichsam sichelförmig abschnitt oder mähte — denn zwei genügten für das ganze Publikum. Und wie sie dahinflog, siegesgewiß — siegesgewohnt! Das hochgeschätzte Kleid im Wind flatternd, die Locken von dem Luftzug gelöst, mit den zarten Füßchen den Sattel kaum berührend, glaubte man wirklich sie habe Flügel, und wäre kaum noch erstaunt gewesen, das Pferd unter ihr davoneilen und sie ihren Hundzug ohne das selbe fortsetzen zu sehen.

Eine reizende Erscheinung! — schrie Melante ihrem Begleiter zu, während Madame Bertrand ihr Schnauzendes Tüt am Eingänge plötzlich passierte, daß es auf den Hinterbeinen herumflog und frontal gegen die Türte mache, wenn sie nur etwas weniger fest und zuversichtlich aufstretten wollte!

(Fortsetzung folgt.)